



Vom Notstand



Seite 3

Bezirkliches



Seite 8

Antonplatz



Seite 9

Aus BVV und Ausschüssen

BVV gegen Kitagebührenerhöhung



Es stand ein breites Spektrum von Problemen auf der Tagesordnung der Bezirksverordnetenversammlung am 17. September. Auf ihrem Weg in die BVV wurden die Verordneten zunächst von Vertretern der „Initiative für ein Pankower Aktionsbündnis gegen Sozialabbau“ mit Flugblättern empfangen. Motto: Krach schlagen gegen den Kürzungswahn! Die Sprecherin der Initiative erhielt zwar das Wort in der BVV, doch leider äußerten sich weder die politisch Verantwortlichen des Bezirksamts noch Verordnete zu den aufgeworfenen Fragen.

In mündlichen Anfragen ging es dann u.a. um Umzugspläne der Leistungsämter, Sauberkeit in den Bürodienstgebäuden, um eine Novellierung der Berliner Baumschutzverordnung und um einen Krötentunnel an der Schönerlinder

Chaussee. Der Bürgermeister nannte in seinem Bericht des Bezirksamtes Höhepunkte der letzten Zeit, zum Beispiel: Richtfest der Konsum-Kaufhalle in Buch, 100 Jahre Rathaus Pankow, Fest an der Panke, Eröffnung eines Kindemuseums in der Eliaskirche im Prenzlauer Berg und die Einweihung eines Denkmals für Josef Garbáty.

Zu einer umfangreichen Diskussion um soziale Gerechtigkeit führten Große Anfragen bzw. Anträge aller Fraktionen zur neuen Gebührenordnung des Senats für Krippen-, Kita- und Hortplätze.

Die PDS-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem sie sich gegen die Gebührenerhöhung aussprach. Letztlich einigten sich die Fraktionen von SPD und PDS auf einen gemeinsamen Antrag, der mehrheitlich angenommen wurde.

Darin heißt es u.a.: Die monatlichen Kostenbeiträge der Eltern werden nicht nach dem Alter der Kinder differenziert, sondern bleiben – gestaffelt nach Betreuungsdauer und Einkommen – für alle Altersstufen gleich. Zur Erhöhung der Qualität der vorhandenen Angebote halten die Verordneten erhöhte Zuweisungen des Senats an den Bezirk für bauliche Maßnahmen und für Ausstattung unumgänglich.

Damit wurde die öffentliche Sitzung der BVV beendet, obwohl zahlreiche Punkte noch nicht abgearbeitet waren.

In einer anschließenden, nicht öffentlichen Sitzung ging es um Überprüfung der Bezirksverordneten zur Feststellung einer hauptamtlichen bzw. inoffiziellen Tätigkeit für das MfS/AfNS.

Renate Tepper

Hartz macht Verliererinnen



„Hartz und Agenda 2010 aus frauenpolitischer Sicht“ war Thema der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Migration der Bezirksverordnetenversammlung Pankow am 4. September. Neben dem Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) und dem Leiter des Finanzservices Peter Heinicke nahmen auch Vertreterinnen des Arbeitsamtes Berlin Nord teil. Frau Schlosser, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, und Frau Klatt, Teamleiterin in Pankow, gaben zunächst einen Überblick über die Arbeitssituation im Amtsbezirk und den Anteil arbeitsloser Frauen in Pankow. Zum Amtsbezirk gehören Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf sowie Spandau.

Im Bezirk Pankow waren im August 2003 13.246 Frauen arbeitslos gemeldet. Das sind 41,2 Prozent aller Arbeitslosen im Bezirk und bedeutet einen Anstieg um 1.207 gegenüber August 2002. 1.191 der erwerbslosen Frauen suchen eine Teilzeitstelle. Von den über 13.000

arbeitssuchenden Frauen sind 4.378 langzeitarbeitslos. 594 sind nicht-deutscher Herkunft und 297 sind schwerbehindert. 208 der arbeitssuchenden Frauen sind unter 20 Jahre und 1.359 sind unter 25 Jahre. 1.331 erwerbslose Frauen sind 55 Jahre und älter. Dagegen konnten im Berichtszeitraum nur 155 Frauen in Arbeit vermittelt werden. 547 Frauen sind gegenwärtig in ABM tätig, 488 nehmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.

Die Kolleginnen des Arbeitsamtes informierten über eine Reihe neuer Arbeitsmarktinstrumente, wie z.B. über die Einführung eines Existenzgründungszuschusses für Selbständige (Ich-AG), über die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahre, über die Einführung von Personal-Service-Agenturen, über die Neuregelungen in der beruflichen Weiterbildung (Bildungsgutscheine) sowie über die Einführung von Vermittlungsgutscheinen.

In der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion wurde deutlich,

daß trotz einer Reihe von positiven Beispielen, wie die kontinuierliche Arbeit mit Berufsrückkehrerinnen oder einige erfolgreiche Ich-AG, dies nicht darüber hinweg täuschen kann, daß die Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben und in den sozialen Sicherungssystemen weiter zunehmen. Besonders betroffen in diesem Zusammenhang sind Alleinerziehende, die es in hoher Anzahl in Pankow gibt.

Neben den oben genannten Maßnahmen, von denen heute noch niemand sagen kann, ob sie eine verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt bringen, gibt es heute bereits Maßnahmen, die mit direkter oder indirekter Leistungskürzung einhergehen und die von sozialer Gerechtigkeit sehr weit entfernt sind. Solche Signale werden leider aber nicht nur von Hartz I bis IV ausgesandt, sondern eben auch aus dem Berliner Senat mit der geplanten Gebührenerhöhung für Krippen-, Kita- und Hortplätze.

Tina Pfaff
Bezirksverordnete

Vor dem Doppelhaushalt

Kalter Herbst

Dem Bezirk stehen schwierige Haushaltsberatungen bevor. Seitdem das Bezirksamt den Entwurf zum Haushalt 2004/05 vorgelegt hat, laufen die Beratungen in den Fraktionen und Ausschüssen. Eines dürfte jetzt schon allen klar sein: Wohltaten werden nicht mehr verteilt, statt dessen aber Härten und Grausamkeiten.

Die Fakten: Der Gesamtumfang des Haushaltes beläuft sich für 2004 auf 544 Mio. Euro und für 2005 auf 532 Mio. Euro. Zwei Prozent entfallen auf den Bereich der Investitionen. Damit kann nur noch die Turnhalle in der Winsstraße gebaut werden. Jeweils 41 Mio. Euro sind für den konsumtiven Teil eingeplant. Hiervon entfallen 25 Mio. Euro auf die Bewirtschaftung der bezirkseigenen Gebäude und Grundstücke und nur noch ca. 9 Mio. Euro auf die bauliche Unterhaltung öffentlicher Gebäude, Straßen und Grünanlagen. Ein weiterer Verfall von Schulen, Kitas oder Straßen ist damit vorprogrammiert. Die Verwahrlosung der Parks und Spielplätze läßt sich mit diesen geringen Mitteln nicht mehr verhindern. So bleibt nur die notdürftige Ausbesserung zur Gewährleistung der Sicherheit, überall Schilder „Achtung Schlaglöcher“ und der Abbau von Spielgeräten. Immerhin setzt das Bezirksamt ein positives Zeichen, indem es 1 Mio. Euro für Lehrmittel einplant, um sozial schwache Familien beim Schulbuchkauf zu entlasten.

Das gravierendste Problem steckt jedoch im T- und Z-Teil des Haushaltes. Dieser Teil macht etwa 60 Prozent des Gesamthaushaltes bzw. 325 Mio. Euro im Jahr 2004 aus, jedoch werden die tatsächlichen Ausgaben um rund 30 bis 40 Mio. Euro höher liegen. Das liegt zum einen an der unzureichenden Zumessung durch den Senat und zum anderen an der zunehmenden Bedürftigkeit der Bevölkerung. Nach Angaben des Bezirksamtes haben sich in den letzten sechs Jahren die

Ausgaben allein für die Sozialhilfe verdoppelt. Hier macht sich der negative bundesweite Trend auf dem Arbeitsmarkt auch in unserem Bezirk bemerkbar.

Aufgrund der fehlenden finanziellen Ausstattung können die Rechtsansprüche Hilfebedürftiger z.B. im Sozialbereich nur noch bis zum Monat Oktober 2004 realisiert werden. Das heißt aber nicht, daß ab November keine Sozialhilfe mehr gezahlt wird. Die Mehrkosten werden vom Senat zwar „abgedeckt“, dem Bezirk allerdings im Haushalt 2006 als Überziehung angerechnet. Insofern ist der Bezirk, der diese zusätzlichen Ausgaben nicht beeinflussen kann, zeitversetzt der Gekniffene. Vor allem in den Bereichen, in denen keine gesetzlichen Pflichtaufgaben wahrgenommen werden, u.a. in der Kultur, bei den Seniorenbegegnungs- oder den Jugendfreizeitstätten drohen Kürzungen. So wird das kulturelle Veranstaltungsangebot drastisch reduziert. Es wird weniger Ausbildung an den Musikschulen geben und die Schließung von Freizeitstätten für Senioren und Jugendliche scheint unausweichlich.

Zumindest bei den Seniorenbegegnungsstätten soll durch Träger-



wechsel der vollständige Wegfall verhindert werden. Die Bezirksverordneten werden unter diesen Umständen kaum noch soziale Härten verhindern können. Anders als in den vergangenen Jahren können sie nicht mehr durch Umverteilung die Lasten gerechter verteilen. Insofern steht uns allen ein kalter Herbst ins Haus.

Andreas Bossmann

Bürodienststruine als Sozialamt im OT Pankow

Haushalts-ABC

- **A-TEIL:** Der Teil des Haushaltes, in dem die konsumtiven Ausgaben zusammengefaßt werden. Dazu zählen die Ausgaben für die bauliche Unterhaltung der öffentlichen Gebäude, des Straßenlandes und der öffentlichen Grünflächen. Aber auch das Essen in Kita, Hort und Schule gehört dazu.
- **T-TEIL:** Der Teil des Haushaltes, der die Sach- und Dienstleistungen an den Bürger beinhaltet. Diese Leistungen werden von freien Trägern oder Einrichtungen für den Bürger erbracht und vom Bezirk bezahlt. Dazu zählen u.a. Unterbringungskosten in Heimen, Hilfen zur Ausbildung oder betreutes Wohnen im Jugendhilfebereich. Hier besteht seitens des Bürgers auch ein Rechtsanspruch. Die Höhe der Ausgaben ist jedoch steuerbar,

weil der Bezirk mit dem Dienstleister darüber verhandeln kann.

- **Z-TEIL:** Der Teil des Haushaltes, der die Bargeldleistungen an den Bürger beinhaltet. Dazu zählen u.a. Sozialhilfeleistungen, Wohngeld oder BAföG. Der Anspruch auf diese Leistungen ist durch Gesetze geregelt. Die Höhe der Ausgaben ist für den Bezirk nicht steuerbar, weil in jedem Fall ein individueller Rechtsanspruch besteht.
- **INVESTITIONEN:** Der Teil des Haushaltes, in dem die Mittel für den Neubau von öffentlichen Gebäuden, Straßen oder Grünflächen zusammengefaßt werden.
- **PRIMARDEFIZIT:** Bezeichnet die Differenz im Haushalt zwischen Ausgaben und Einnahmen.

extraDrei im Gespräch

Haushalt und die Internationale

Micha, wie ist der Stand der Diskussion zum Haushaltsentwurf 2004/05?

MICHA: Das Bezirksamt hat den Haushaltsentwurf vor der Sommerpause in die BVV eingebracht. Dazu nehmen die Fachausschüsse Stellung, der Haushaltsausschuß koordiniert die Ergebnisse und parallel dazu gibt es Beratungen in der PDS-Fraktion. Wir wollen den Haushalt am 1. Oktober in der BVV verabschieden.

Marian, welches Erbe hat die SPD-PDS-Koalition vom SPD-CDU-Senat übernommen?

MARIAN: Schulden von 45 Mrd. Euro, eine totkranke Bank und zahlreiche defizitäre Unternehmen. Dazu kommt eine Lücke in Höhe von zwei Mrd. Euro zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben. Dieses Primärdefizit muß die rote Koalition abbauen. Für die Altschulden soll der Bund einspringen.

Welche Auswirkungen haben diese Sparmaßnahmen im Land?

MARIAN: Beim Personal haben wir uns im Gegensatz zur Großen Koalition entschlossen, weniger Stellen zu streichen. Dafür sollen die Ausgaben pro Stelle gesenkt werden. Bis 2006 werden wir durch den Solidaripakt und die Kürzung der Zusatzleistungen bei den Beamten 500 Mio. einsparen. In 2004/5 werden im Bereich der konsumtiven Ausgaben ca. 600 Mio. eingespart. Die Investitionen sinken um 200 Mio. Euro.

Für eine erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht muß Berlin das Primärdefizit und seine Altschulden in den Griff bekommen.

MARIAN: Berlin erfüllt die Kriterien für eine Haushaltsnotlage. Die Altschulden muß der Bund übernehmen. Um erfolgreich zu klagen, müssen wir nachweisen, daß Berlin

nicht mehr Geld ausgibt, als es einnimmt. Die Bundesregierung und die anderen Bundesländer werden jedoch versuchen nachzuweisen, daß wir dort nicht genug getan haben. Deswegen muß der Doppelhaushalt auch ein „harter“ Haushalt werden.

Wie kann man das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben abbauen?

MICHA: Da muß man an die Strukturen ran. Wir haben eine überdimensionierte Verwaltung in Berlin. In den Bezirken ist hier in den letzten Jahren schon erheblich reduziert worden. Aber auf der Landesebene tut sich in diesem Bereich nichts.

Muß der Staat angesichts der hohen Ausgaben nicht nur noch die notwendigen Aufgaben wahrnehmen?

MICHA: Da scheiden sich die Geister, was notwendig ist und was nicht. Ich frage eher, wieviel Verwaltung ist notwendig. Hier leistet sich Berlin zuviel Doppelverwaltung. Negativ schlägt sich dies bei der Wirtschaftsverwaltung nieder. So viele Anlaufstellen sind investorenfeindlich. Hier liegen die Defizite und nicht beim Abbau von Kita-Plätzen oder Schließung von Schulen.

MARIAN: Es ist zu einfach, zu sagen, daß man bei der Bürokratie der Hauptverwaltung nur richtig zulegen muß. Hauptverwaltung, das sind 25.000 Polizisten, 30.000 Lehrer, 10.000 Leute in der Justiz. Wir kommen nicht um die unangenehme Pflicht herum, auch etwas bei den Schulen und Kitas aufgrund des Geburtenrückganges zu verändern.

MICHA: Meine Erfahrung der verschiedenen Haushaltsjahre ist, daß immer die Bezirke und nicht die Hauptverwaltung die Personaleinsparungen erbracht haben. Die Schwierigkeit ist, daß diejenigen Kräfte, die ich im Bezirk einspare, in der Regel Kita-ErzieherInnen, HortnerInnen oder diejenigen sind, die direkt Dienst für den Bürger tun. Das führt u.a. zu langen Wartezei-

ten auf dem Sozialamt. Die Bezirke stoßen massiv an ihre Grenzen.

In welchen Bereichen des Bezirks Haushaltes werden die Einsparungen erbracht?

MICHA: Wir haben einen erheblichen Rückgang der konsumtiven Ausgaben, u.a. für den Unterhalt der Straßen, Grünanlagen und öffentlichen Gebäude. Der notwendige Ansatz wird um 55 Prozent reduziert. Das führt zu erheblichen Risiken bei der Grundstücksbewirtschaftung, bei den Energie- oder Telefonkosten. Der Löwenanteil steckt im T- und Z-Teil. Die Erfahrungen mit dem T-Teil im letzten Haushalt zeigen, daß die Zumesung des Senats um 23 Mio. Euro zu gering war. Das setzt sich jetzt fort. Wir bekommen noch die Überziehung aus dem Jahr 2002 aufgelastet. Das sind dann insgesamt 65 Mio. Euro Finanzierungslücke. Aus dem geringen konsumtiven Teil können wir nichts mehr zum Ausgleich umschichten. Ein Bezirk kann keinen Kredit bei einer Bank verlangen. Das kann nur das Land.

In welcher Weise kann man das zu erwartende Defizit überhaupt auffangen?

MICHA: Die Bezirke werden das zu erwartende Defizit nicht auffangen können. Gegen eine Optimierung der steuerbaren Ausgaben spricht nichts. Hier haben wir schon Einsparungen erzielt. Aber wir wollen nicht einsparen, daß Menschen geholfen wird. Wenn aber trotz Einsparungen ein unbeherrschbares Defizit und somit Handlungsunfähigkeit im Haushalt entstehen, dann läßt sich die Bezirksverwaltung überhaupt nicht mehr motivieren. Deswegen ist dies eine politische Auseinandersetzung, die die Bezirke und das Land miteinander führen müssen.

Marian, wie hat sich die PDS im Abgeordnetenhaus um die bezirklichen Belange gekümmert?

MARIAN: Beim Landeshaushalt stand für uns im Zentrum, die von Finanzsenator Sarrazin (SPD) vor-



gegebene Einsparsumme für die Bezirke in Höhe von 400 Mio. Euro weitgehend zu korrigieren. Das haben wir auch erreicht. Die Vorgabe wurde um weit mehr als die Hälfte nach unten korrigiert. Unser Bezirk bekommt 17,4 Mio. Euro in 2004 und über 25 Mio. in 2005 mehr im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen von Sarrazin. Dazu kommt, daß unkalkulierbare Ausgaben, wie steigende Sozialhilfeausgaben in Pankow, am Jahresende durch das Land abgedeckt werden.

Kann man bei diesen Einsparungen noch von einer sozial ausgewogenen Politik der PDS sprechen?

MARIAN: Ja. Die PDS kämpft um die soziale Balance. Aber bei einem Kürzungsvolumen von mehr als zwei Milliarden Euro heißt Wahrung der sozialen Balance nicht, daß diese Einsparungen ohne schmerzhaft Reaktionen in der Stadt von statten gehen. Auch die neuen Kitakostensätze haben etwas mit der Wahrung sozialer Balance zu tun. Wir bewerten die Einkommen differenzierter. Unter den aktuellen Bedingungen besteht die Rolle der PDS vor allem darin, Kürzungen gerecht zu verteilen.

MICHA: Die soziale Balance der Stadt wird in jedem Fall gestört. Das Problem ist, daß die Kitagebührenerhöhung wieder die Familien mit Kindern trifft. Aber die eben beschriebene Abwägung trifft uns im Bezirk auch: Seit Jahren ausgedünnten Haushaltes können wir die Spielgeräte nicht mehr ausreichend warten. Das fällt für mich auch unter die Gefährdung sozialer Balance, ebenso wie der Personalabbau im Bereich Soziales, bei den Musikschulen oder Bibliotheken.

Kann man unter solchen Bedingungen im Bezirkshaushalt 2004/05 überhaupt noch Prioritäten setzen?

MICHA: Der Haushaltsplan läßt eine Prioritätensetzung zugunsten von Kultur, Bildung und sozialen Einrichtungen im Bezirk erkennen.

Eine Schlüsselfunktion in diesem Haushalt sind die über die eigentlichen Vorgaben des Landes hinausgehenden Personalreduzierungen.

Wenn man Prioritäten im kulturellen und sozialen Bereich setzt, dann sind andere Bereiche davon betroffen. Welche sind das?

MICHA: Die Verwaltung der Verwaltung wird auf das Äußerste verknüpft.

Wir wollen angemietete Büroflächen aufgeben und Verwaltung konzentrieren. Die Sanierung des Straßenlandes gibt es nicht mehr. Wir können nur noch Warnschilder vor Straßenschäden aufstellen.

MARIAN: Ich bitte um mehr Differenzierung. Bei den Kitakosten wollten wir die Geringverdienenden aus der Gebührenerhöhung herausnehmen. Die Erhöhung trifft daher nur 50 Prozent der Familien. Ich gebe Micha Recht, daß die mittleren Einkommen durch Rot-rot im Doppelhaushalt stärker belastet werden. Trotzdem müssen wir konsolidieren. Unser Prinzip ist, daß Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrer Leistungskraft belastet werden. Deshalb dürfen Sozialhilfe-, Wohlgeldempfangende, Arbeitslose von einem Teil der Maßnahmen nicht betroffen sein.

MICHA: Es gibt ja nicht nur die Verschlechterungen durch die rot-rote Regierung. Sondern auch die rot-grüne Bundesregierung hat uns eine Verschlechterung der Familiensituation gebracht. Es muß als grundsätzliches Problem begriffen werden, daß es fatalerweise immer Familien trifft. Das Schlimme liegt immer in der Summe der Einzelteile. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, dies als Kritik eines Bezirks- an einem Landespolitiker zu sehen, wenn ich sage, daß die Kitakostenerhöhung kein Glückstreffer für uns war.

MARIAN: Ich glaube, daß sich die



Marian Krüger ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und dort im Hauptausschuß, Michael van der Meer ist Vorsitzender der PDS-Fraktion in der BVV

Wahrung der sozialen Balance nur an den Konfliktlinien nachweisen läßt, wo die PDS gekämpft hat. Bei den Kitakosten konnte die PDS eine lineare Erhöhung für alle Einkommensgruppen verhindern. Aber die PDS wird sich nie an allen Punkten durchsetzen können. Diese Debatte muß im PDS-Landesverband geführt werden. Und das nicht nur abstrakt auf der Ebene der Haushaltspolitik, sondern auch aus der Sicht, welche kommunalen Infrastrukturen wir bereitstellen und welche sozialen und bildungspolitischen Prioritäten wir setzen wollen. Im Moment können wir nur versuchen, die Defizite so zu verteilen, daß dabei niemand erstickt. Der Sozialhilfeempfangende hat eben weniger Luft als eine Familie, in der beide Elternteile noch arbeiten. Die Dinge, die Micha kritisiert, kann man kritisieren, aber man muß versuchen, sie strategisch einzuordnen. Die Operation heißt Abbau des Primärdefizits.

Wie fühlt man sich als verantwortlicher Politiker unter den Gegebenheiten der Haushaltsnotlage?

MICHA: Hundeehend.

MARIAN: Auch für das Hundeehend gilt die Internationale: Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun.

Interview: Andreas Bossmann und Sandra Brunner

extraDrei im Gespräch mit Christine Keil, Stadträtin für Jugend, Schule und Sport

Keil, Kinder und das Manifest



Christine Keil, geb. 1953, Dipl.-Ing. für Maschinenbau. 1996 wurde sie Bezirkstadträtin. Seit 2000 ist sie im Großbezirk für Jugend, Schule und Sport verantwortlich.

Christine, welcher Deiner Arbeitsbereiche macht am meisten Arbeit?

Der Jugendbereich nimmt ebenso viel Zeit in Anspruch wie Schule und Sport. Im Jugendbereich verändert sich viel in Berlin. Die kommunalen Kitas werden auf freie Träger übertragen, die Hilfen zur Erziehung zugunsten kostengünstiger Angebote umgebaut. Diese Unterstützung der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder macht den Kern des Jugendamtes aus.

Wie entwickeln sich die Hilfen zur Erziehung im kommenden Jahr?

Die Senatsvorgaben sehen Kürzungen vor. Das Problem liegt jedoch tiefer. Bisher waren die Hilfen zur Erziehung ausfinanziert. Der Senat hat nun daraus eine steuerbare Ausgabe gemacht. Der Bezirk soll die Ausgaben reduzieren. Das ist schwierig, denn Hilfebedürftige müssen ihre gesetzliche Leistung bekommen. Der Bezirk kann nicht sagen, er ist pleite und hilft den Familien nicht mehr. So ist jetzt schon absehbar, daß der Bezirk im Sozial- und Jugendbereich im Jahr 2004 ca. 30 bis 40 Mio. Euro zu wenig hat.

Verschlechtert sich damit die Unterstützung für die Familien?

Ich denke, daß dies nicht sein muß. Durch den Spardruck ist eine kritische Betrachtung der eigenen Arbeit

entstanden. Wir erarbeiten zielgenauer, was die notwendige und geeignete Hilfe zur Erziehung ist. Dazu bilden wir Fachteams und verstärken die Beratung der Familien.

Vor der Sommerpause waren die Einsparvorgaben vom Senat gewaltig. Hat sich daran etwas geändert?

Im Sommer hat sich der Senat über eine neue Zumessung für die Bezirke verständigt. Für unseren Bezirk bedeutete dies zehn Millionen zusätzlich im Jahr 2004 bei den Hilfen zur Erziehung, gemessen an dem ursprünglichen Plan.

Hatte der Senat einen Geistesblitz?

Nein. Jugendstadträte, Bezirksbürgermeister, Senatsverwaltung für Jugend und Jugendämter haben Vorschläge erarbeitet, wie man Qualität und Sparen bei den Hilfen zur Erziehung erreichen kann. Dies führte bei der Senatsfinanzverwaltung zu einer weniger drastischen Kürzung.

Wie sieht es bei den Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus?

In diesem Jahr förderte der Bezirk die Erholung von Kindern und Jugendlichen mit 77.500 Euro. Im nächsten Jahr werden es nur 20.000 Euro für behinderte Kinder und Jugendliche sein. Erholungsmaßnahmen für sozial Schwache können wir leider nicht mehr fördern.

Wie fühlst Du Dich mit dieser Entscheidung?

Die Position der PDS war immer, daß wir Prävention vor Intervention stellen. Genau dies bricht uns jetzt weg.

Der Bezirk hat 30 Jugendfreizeitstätten in kommunaler und 32 in freier Trägerschaft. Wie wirken sich 900.000 Euro weniger bei den freien Trägern in den Jahren 2004/05 aus?

Das günstige Verhältnis von kommunalen und freien Trägern können wir nicht mehr halten. Rund 900.000 Euro weniger heißt, daß wir ca. 40 Prozent der Projekte nicht mehr fördern können.

Nach welchen Kriterien wird der Bezirk Angebote fördern?

Im Jugendhilfeausschuss der BVV wurde ein Kriterienkatalog verabschiedet. Wichtig ist, daß jeder Kiez ein Jugendangebot braucht. Wenn eine Einrichtung schließt, muß nach Alternativen gesucht werden. Ein Modell wäre die Zusammenarbeit zwischen Frauen- und Migrantenprojekten, Jugend- und Sozialeinrichtungen sowie Seniorenfreizeitstätten, wie z.B. in der Senioreneinrichtung Tollerstraße in Wilhelmsruh. Sie beherbergt jetzt auch jugendspezifische Angebote.

Finanzsenator Sarrazin (SPD) meint, Berlin habe im Vergleich zu anderen Bundesländern Ausstattungsvorsprünge. Sind 62 Jugendeinrichtungen im Vergleich mit einem brandenburgischen Landkreis nicht Luxus?

Das ist richtig. Diese Priorität im Jugendbereich haben SPD und PDS aber im Koalitionsvertrag verabredet. Wenn Sarrazin Begehrlichkeiten entwickelt, dann zeige ich genau mit dem Finger auf die Stelle, wo diese Priorität im Koalitionsvertrag steht.

Wie beim kommunistischen Manifest?

[Lacht.] Genau. Manchmal muß man eben auf dem Vereinbarten bestehen.

Hat sich für Dich etwas verändert, seit dem die PDS im Land mitregiert?

Negativ ist, daß wir weniger Geld und damit weniger Leistungen für die Bürger haben. Positiv sind die schnellen Informationen, und daß ich die Veränderungen im Jugend- und Schulbereich mitbestimmen kann. Zudem hat sich die Zusammenarbeit mit dem Abgeordnetenhaus verbessert. Bevor die Haushälter Entscheidungen treffen, beraten sie sich mit den Fachleuten.

Bist Du gerne Stadträtin?

Ja, obwohl ich manchmal nicht aus den Augen gucken kann. Ich habe noch Biss und Lust auf die Arbeit als Bezirksstadträtin.

Interview: Andreas Bossmann und Sandra Brunner

Aus BVV und Ausschüssen

Täglich grüßt das Murmeltier

Böse Zungen würden behaupten: „Und täglich grüßt das Murmeltier!“. Zumindest macht es bei den jährlichen Haushaltsberatungen den Eindruck, daß es nur noch ums Kürzen, Sparen und Konsolidieren geht. Dieses Spiel schien sich auch für den kommenden Haushalt zu wiederholen. Der Doppelhaushaltsentwurf des Bezirksamtes für die Jahre 2004/05 hat mehr von Ab- als von Aufbruchstimmung. Die immensen Haushaltsprobleme haben vor allen Dingen in der veränderten Zumessung der Senatsverwaltung für Finanzen ihren Ursprung.

Im Jugendbereich zeichnete sich so ein dramatischer Angebotsabbau ab, worauf die PDS-Fraktion im Mai umgehend aktiv wurde. Durch den drohenden Wegfall des Sonder-

programmes Ost standen nicht nur Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Frauen, Migranten, Senioren und Behinderte auf der Kippe. Gleichzeitig versuchte Finanzsenator Sarrazin (SPD), die Lottomittel in den allgemeinen Landshaushalt zu überführen, aus denen auch Schülerclubs im Bezirk finanziert wurden. Neun Einrichtungen, die seit gut zehn Jahren im Bezirk unerläßliche Arbeit leisten und ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe bilden, hätten ihre Türen schließen müssen.

Über die Sommerpause hinweg standen deswegen Bezirksverordnete und Mitglieder des Abgeordnetenhauses der PDS in engem Kontakt. So gelang es, daß nun für die

Förderung freier Träger im Jugendbereich 1.546.000 Euro für 2004 und 1.413.000 Euro für 2005 zur Verfügung stehen, gegenüber dem Doppelhaushalt 2002/2003 dennoch eine Absenkung. Gleichzeitig wurde durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport dem Bezirk mitgeteilt, daß auch das Schülerclubprogramm definitiv bis Dezember 2004 laufen wird. Zugleich werden Verhandlungen im Senat geführt, dieses Programm auch darüber hinaus zu finanzieren.

Auch wenn die Erfolge eher begrenzt sind, so zeigt sich zumindest, daß es trotz gravierender finanzieller Probleme möglich ist, Prioritäten in einem Haushalt zu setzen.

Sascha Kummer
Bezirksverordneter



Scheindebatte im Sozialausschuß

Der Erhalt von Angeboten für Senioren in Pankow steht in diesem Jahr nicht zum ersten Mal zur Debatte. Neu ist aber, daß die kommunalen Seniorenfreizeitstätten aus Sicht des Bezirksamtes keine Zukunft mehr haben sollen. Begründung: Mit diesen Einrichtungen wird keine kommunale Pflichtaufgabe erfüllt und angesichts der Haushaltsnotlage kann sich der Bezirk ein Weiterführen dieser Angebote nicht mehr leisten. Es muß nach Wegen gesucht werden, diese Angebote in anderer Trägerschaft weiterzuführen. Aber auch die Fortführung von Einrichtungen, die sich bereits in freier Trägerschaft befinden, ist aus Sicht des Bezirksamtes nicht gesichert.

Bereits vor der Sommerpause wurde deshalb eine Untersuchung zu ausgewählten Seniorenbegegnungsstätten durch das Bezirksamt in Absprache mit dem Gesundheits- und Sozialausschuß der BVV in Auftrag gegeben. Untersucht wurde die Akzeptanz dieser durch den Bezirk geförderten Einrichtungen bei den Bürgern. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollten die

Grundlage für politische Entscheidungen zur weiteren Angebotsstruktur für Senioren und deren Förderung in Pankow sein. In die Untersuchung wurden nur Freizeitstätten freier Träger einbezogen. 21,5 Prozent der befragten Senioren finden die Freizeitstätten gut bis sehr gut. Dies entspricht einer Gesamtzahl von knapp 15.000 Senioren. Derzeit befinden sich aber ca. 60 Prozent der Angebote in kommunaler Trägerschaft, die also nicht Gegenstand der Untersuchung waren. Von diesen ist bekannt, daß sie im Jahr 2001 ca. 100.000 Besucher hatten. Einschließlich der acht Begegnungsstätten in freier Trägerschaft kann man von einer Gesamtzahl in Höhe von 170.000 Besuchern ausgehen.

Die Studie zeigt, daß vor allem ältere Frauen diese Einrichtungen nutzten. Sie weist darauf hin, daß Alter, Einsamkeit und Isolation durch Geselligkeit und Kommunikation überwunden werden und dies vor allem durch Frauen genutzt wird. Im Sozial- und Gesundheitsausschuß konnte die Studie bisher nur kurz besprochen werden. Um

so überraschter waren die Mitglieder in der Ausschusssitzung am 16. September, als bekannt wurde, daß der zuständige Stadtrat Herr Lehmann (SPD) schon Fakten geschaffen hat. Es wurde bereits vier freien Trägern mündlich mitgeteilt, daß sie im nächsten Jahr keine Förderung mehr erhalten. Dieses Vorgehen ist nicht akzeptabel und steht im Widerspruch zu den bisherigen Absprachen. Es weckt den Verdacht, daß die Beauftragung der Studie nur dem Zeitgewinn durch Scheindebatten dienen sollte und vor ihrer Beauftragung schon das Ergebnis feststand.

Die Mitglieder der PDS-Fraktion im Gesundheits- und Sozialausschuß haben sich gegen diese Praxis ausgesprochen und werden sich für ein transparentes und offenes Verfahren einsetzen. Die BVV soll Verwaltungshandeln anregen und begleiten. Dies wird hier verhindert. Die Ergebnisse der Studie müssen berücksichtigt und der Ausschuß in die Entscheidungen einbezogen werden.

Moritz Naujack
Bezirksverordneter



Bezirkliches

Vorsicht, Falle!



Bevor der Haushalt 2004/2005 beschlossen wird, findet in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung eine breite Diskussion über die Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Einzelpläne statt. In unserem Bezirk beschäftigen die Bezirksverordneten die weiteren drastischen Kürzungen in den bauenden Bereichen.

Für die Instandsetzung aller Gebäude des Bezirksamtes stehen nur noch rund fünf Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Neben den Gebäuden des Rathauses zählen auch alle Schulen und Kindergärten dazu. Um den dringendsten Bedarf zu decken, werden eigentlich mindestens 20 Mio. Euro jährlich benötigt. Ein Beispiel, das ich aus dem Bezirksamt erfuhr, soll diese Problematik verdeutlichen: Bei den durchgeführten Brandschutzbe-

gehungen wurden derzeit bei 18 Schulen und zehn Kitas zum Teil gravierende bauordnungsrechtliche Mängel festgestellt. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Sicherung des ersten und zweiten Rettungsweges. Bei den derzeitigen Mitteleinsätzen werden mehrere Jahre vergehen, bis diese Mängel in den Kitas und Schulen beseitigt werden können.

Genauso problematisch sieht es bei der Unterhaltung des öffentlichen Straßenlandes einschließlich der Erneuerung und Ergänzung des Straßenzubehörs aus. Hier sind nur 1,7 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Jährlich werden hier eigentlich 7,3 Mio. Euro benötigt, um die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Die Konsequenz lautet: Geschwindigkeitsbeschränkung auf 10 km/h für Straßen, wo der Straßenzustand

mit den zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr zu retten ist und sich weiter verschlimmert. Hierunter fallen z.B. die Kastanienallee im Ortsteil Pankow, die Schönerlinder Straße und der Rosenthaler Weg.

Mit den viel zu geringen Mitteln für die Unterhaltung der Grünanlagen in Höhe von 1,5 Mio. Euro können nur noch Verkehrssicherungspflichten für die öffentlichen Grünflächen, Spiel- und Sportplätze sowie für die Straßenbäume gewährleistet werden. Erneuerungen, Reparaturen und Ersatzpflanzungen können nicht mehr finanziert werden. Hier besteht ein eigentlicher Bedarf von mindestens 7,7 Mio. Euro jährlich. Wenn nun Gefahr droht, wird nur noch das Spielgerät oder der Baum beseitigt.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Lokale Demokratie

Lokale Demokratie war ein Debattepunkt in der Veranstaltungsreihe der Bezirksämter über die Frage, wie Berlin in Zukunft organisiert sein soll. Die zwölf Berliner Bezirksbürgermeister kämpfen gegen die Zentralisierungsbestrebungen des Senats und für mehr Selbstbestimmung und Verantwortung.

deren Diskussionspartner auch für mehr Gestaltungsmöglichkeiten, Verantwortung, Transparenz und Bürgernähe im Bezirk ein. Der Appell an Bürgerinnen und Bürger, sich aktiver in gesellschaftliche Prozesse einzubringen, verhallt jedoch ungehört, wenn nicht gleichzeitig die Möglichkeit zur Mitbestimmung – auch in finanzieller Hinsicht – im Bezirk und Kiez gegeben ist. So fordern die Bezirke zum Beispiel einen größeren Anteil an den Steuereinnahmen des Landes Berlin.

Der Referent des Abends, Verwaltungswissenschaftler Manfred Röber, unterstrich die Notwendigkeit und die guten Erfahrungen mit der zweistufigen Struktur Berlins. Er warnte zugleich vor Bürokratismus und mangelnder Transparenz bei einer Zentralisierung der Stadt. Röber plädierte für Leistungsfähigkeit auf beiden Ebenen, für politische Verantwortung und Entscheidungsgewalt in den Bezirken. Nicht belegt ist bisher, daß eine Zentralisierung Kosten spart. Im Gegenteil: Berlin hat damit bisher nur schlechte Erfahrungen gemacht. Berliner Bäderbetriebe, Landesschulamt, Kinderheimverwaltung sowie zentraler Liegenschaftsfonds haben die in sie gesetzten Einsparerwartungen nicht erfüllt.

Mit weiteren Veranstaltungen wollen die Bezirke noch eine größere Öffentlichkeit herstellen und auch den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich für ihre lokale Demokratie zu engagieren.

Renate Tepper



Für den 26. August hatte Pankows Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) eingeladen. Er setzte sich wie die Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD) aus Charlottenburg-Wilmersdorf und alle an-

derer Diskussionspartner auch für mehr Gestaltungsmöglichkeiten, Verantwortung, Transparenz und Bürgernähe im Bezirk ein. Der Appell an Bürgerinnen und Bürger, sich aktiver in gesellschaftliche Prozesse einzubringen, verhallt jedoch ungehört, wenn nicht gleichzeitig die Möglichkeit zur Mitbestimmung – auch in finanzieller Hinsicht – im Bezirk und Kiez gegeben ist. So fordern die Bezirke zum Beispiel einen größeren Anteil an den Steuereinnahmen des Landes Berlin.

Streitpunkte

Kein Ende des Berliner Filzes?

Der Bankenskandal hat eine Regierung den Kopf gekostet und die Berliner sensibilisiert. Nicht länger wollten sie hinnehmen, daß die Stadt ein Selbstbedienungsladen für Parteienfilz und Ämterverquickung zum Nachteil aller ist. Aber Skeptiker behielten zunächst Recht: Ein Regierungswechsel allein verändert noch nicht die Gebräuche und Mentalität in der Berliner Politik, in Verwaltung und öffentlichen Unternehmen.

Frank Bielka, bisher Finanzstaatssekretär, wechselt jetzt in den Vorstand des landeseigenen Wohnungsunternehmens DEGEWO – mit entschieden höherem Gehalt als bisher. Aber nicht nur das: Als Aufsichtsratsmitglied dieses Unternehmens – in bisheriger Funktion

und als Vertreter der „Interessen des Landes Berlin“ – war Bielka selbst an einer beträchtlichen Erhöhung der Vorstandsbezüge beteiligt.

Finanzsenator Sarrazin (SPD) behauptet: Das Besetzungsverfahren sei sauber gewesen. Die PDS meint: Darauf kommt es überhaupt nicht an. Glaubwürdig kann die rot-rote Koalition nur dann agieren, wenn sie nicht den leisesten Zweifel aufkommen läßt, daß keine Versorgung und Belohnung von Politikern mehr stattfindet, sondern nur Kompetenz und Fähigkeiten entscheidend für eine Personalauswahl sind.

Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus befaßt sich derzeit mit Vorkehrungen, welche die Kontrolle und Transparenz in Berlins Unternehmen sichern sollen. Dabei geht

es auch um praktische Angebote gegen eine Politik, die behauptet, öffentliche Unternehmen zur Bereitstellung wichtiger Alltagsleistungen seien „sowieso nicht steuerbar“ und sollten „am besten gleich privatisiert werden“. Ferner wird die Frage zu behandeln sein, warum von den Aufsichtsräten die ohnehin schon nicht knappen Vorstandsgatifikationen noch erhöht werden, obwohl Bürgerinnen und Bürger im Haushaltsnotlageland viele Einschnitte und Zumutungen hinnehmen müssen, und – den Zahlen nach zu urteilen – das Management dieser Unternehmen offenbar seine Arbeit nicht besonders gut leistet. So geht es jedenfalls nicht weiter.

Klaus Lederer

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Baustreit am Antonplatz

Durch die Zeitungen Berlins geisterte im Sommer der Vorwurf gegen das Bezirksamt Pankow, daß ein Investor schon fünf Jahre auf seine Baugenehmigung wartet, weil ein Bebauungsplan nicht fertig wird. Der Investor hatte das Grundstück Berliner Allee 38 am Antonplatz im Februar 1998 von der Treuhand erworben und sich dabei verpflichtet, innerhalb von vier Jahren mit dem Bau zu beginnen. Bei Nichteinhaltung des Baubeginns droht ihm eine hohe Vertragsstrafe. Dieser Investor könnte schon lange fertig sein, wenn er ein Gebäude errichtet hätte, welches am Antonplatz genehmigungsfähig ist, also in derselben Kubatur und in der gleichen Nutzung als Wohngebäude wie auf dem Nachbargrundstück. Er will nun aber ein sechsgeschossiges Büro- und Geschäftshaus mit ausgebautem Dachgeschoss errichten. Das geht ohne die Änderung des Baurechts mittels eines Bebauungsplanes nicht.

Ich finde diese Regeln im Baurecht richtig. Es darf nicht jeder Eigentümer auf seinem Grundstück bauen, was er will. Würde dies so

ohne weiteres möglich sein, könnte die Ruhe in manchem Wohngebiet erheblich, z.B. durch lautes Gewerbe, gestört werden. Auch die Höhe und Größe von Gebäuden sollten in der Stadt weiterhin für eine ausreichende Belichtung und Belüftung Sorge tragen.

Die Verhandlungen mit dem Investor zur Klärung seines Bauvorhabens zogen sich bis zum Jahr 2001/2002 hin. Nun kann ein Bebauungsplan zur Änderung des Baurechts nicht ohne Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, der Nachbarn und der zahlreichen Träger öffentlicher Belange erarbeitet und beschlossen werden. In jedem Fall muß ein Verfahren eröffnet werden. Viele Fragen sind mit der Senatsverwaltung im Rahmen der Stadtentwicklung abzustimmen.

Erst im Frühjahr dieses Jahres informierte sich der Ausschuß für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über den Verfahrensstand zur Erarbeitung dieses Bebauungsplanes. Da sich dieses Grundstück in einem Sanierungsgebiet befindet, müssen auch par-

allel die Sanierungsziele geändert werden. Trotz Personaleinsparungen, Mittelkürzungen und der Bearbeitung weiterer Bebauungspläne konnte das Bezirksamt zur letzten Sitzung der BVV im September einen weiteren Verfahrensschritt vorlegen.

Aus den zahlreichen Artikeln der Presse konnte man

im Sommer entnehmen, daß der Ausgang dieses Bebauungsplanverfahrens schon so gut wie fest steht und der Investor seine Baugenehmigung erhält.

Letztendlich entscheidet die Bezirksverordnetenversammlung über die Festsetzung des Bebauungsplanes und diesem Beschluß sollte nicht so einfach vorgegriffen werden.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Baulücke am Antonplatz

Kurz notiert

Alltag im Bezirk



■ Für eine Agenda Sozial

Am 6. September zog ein Konvoi durch den Norden Berlins. Der Arbeitskreis B96/B96a der PDS protestierte gemeinsam mit Attac, der Volkssolidarität und der GBM gegen die unsoziale Agenda 2010 der Bundesregierung. Zur Auftaktkundgebung vor dem Pankower Rathaus-Center kamen ca. 150 Teilnehmer.

■ ABC-Schützen

Neue Schulwegpläne wurden im September vom Bezirksamt Pankow der Karower Grundschule übergeben. Die Pläne sind ein Vorschlag an Schüler und Eltern zur gefahrlosen Bewältigung des

Schulweges. Es werden Wege empfohlen, die durch Ampeln, Fußgängerüberwege oder Tempolimits wenig Gefahrenpotential für Kinder enthalten.

■ Ehrenamtliche Betreuer

Eine Kooperationsvereinbarung zur Werbung ehrenamtlicher Betreuer wurde von Sozialstadtrat Johannes Lehmann (SPD) und dem Direktor des Caritas Betreuungsvereins, Dr. Axel Bünner, unterzeichnet. Durch die steigende Lebenserwartung sind zunehmend mehr Menschen nicht mehr in der Lage, ihre finanziellen Angelegenheiten zu regeln oder für ihre Gesundheit zu sorgen. Ziel der Ver-

einbarung ist die Erhöhung der Anzahl ehrenamtlicher Betreuungen. Die Aufwandsentschädigung hierfür beträgt 312 Euro im Jahr. Interessenten melden sich beim Caritas Betreuungsverein unter 66 63 39 90.

■ Anti-Drogen-Projekt

Unter dem Titel „Lieber Möhrchen statt Drogen“ startete im September in allen Jugendfreizeiteinrichtungen ein Projekt zur Suchtprävention. Bis Ende November können sich Kinder und Jugendliche über Suchtgefahren informieren. Organisiert wird die Aktion vom Arbeitskreis Suchtprävention und der bezirklichen Jugendförderung.

Volkssolidarität mittendrin!

Fest an der Panke – dicht nebeneinander eine Vielzahl von Ständen. Eine gute Gelegenheit, sich über die Angebote der Altersbetreuung zu informieren. Auch der Stand der Volkssolidarität wurde gut besucht. Auskünfte über den fahrbaren Mittagstisch, über betreutes Wohnen, über die Tätigkeit der Sozialsta-

tionen und andere Aktivitäten der Volkssolidarität wurden erfragt. Es zeigt sich: Als Interessenvertreter der Männer und Frauen in der zweiten Hälfte des Lebens steht die Volkssolidarität beim Pankefest zwar fast am Ende einer Feststraße, aber dennoch mitten im Leben. Dennoch ist zu fragen: Ist die Zu-

weisung des Standortes der Sozialverbände bei einem Volksfest an das Ende einer Straße, als Symbol für die Haltung des Sozialstaates, die Alten und Betreuungsbedürftigen an den Rand der Gesellschaft zu drängen, zu betrachten?

Christa Härtel
Volkssolidarität

Prenzlauer Berg um 1900

Eine Ausstellung unter dem Titel „Zimmermeister Brunzel baut ein Mietshaus – Bauen und Wohnen in Prenzlauer Berg um 1900“ wurde in der Dunckerstraße 77 eröffnet. Bis 2000 zeigte der Bezirk Prenzlauer Berg die Ausstellung „Stube, Kammer, Küche – Arbeiterleben um 1900“ in der Husemannstraße. Dann ging die Ausstellung ins Nicolaihaus und kam nie wieder. Die damalige Vorsitzende der

Seniorenvertretung, Edith Udhardt, bemühte sich, die Ausstellung zurückzuholen. Das Prenzlauer Berg Museum präsentiert nun eine überarbeitete Ausstellung. Eine typische Wohnung wurde dafür originalgetreu rekonstruiert und mit Möbeln der Jahrhundertwende eingerichtet. Das Projekt wurde unterstützt und gefördert durch das Quartiersmanagement Helmholtzplatz, die Veolia-Stiftung sowie vom Bezirkskultur-

fonds. Die Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP) stellte die Wohnung mietfrei zur Verfügung. Aktive Senioren aus der Herbstlaube und der Seniorenvertretung Pankow betreuen während der Öffnungszeiten ehrenamtlich die Ausstellung. Geöffnet ist Diens- tags und Donnerstags von 11 bis 17 Uhr, Samstags von 11 bis 16 Uhr und Mittwochs nach Absprache.

Edith Udhardt

Friedensfest der PDS

Am 23. August lud die PDS Berlin Drei vor der Brotfabrik an der Weißenseer Spitze zu einem Friedensfest. PDS-Politiker wie Landes- chef Stefan Liebich standen Rede und Antwort. Bekannte Künstler,

wie die Clowns Ulf und Zwulf, Dagmar Gelbke, Gisela Steineckert und viele andere sorgten für ein abwechslungsreiches Programm. Für das leibliche Wohl war gesorgt und zahlreiche Stände boten Informationen

an. Leider regnete es zu Beginn des Festes. Aber als sich das Wetter besserte, kamen doch recht viele Besucher. So hoffen wir, daß dieses Fest zu einer guten Tradition wird.

Regina Delorme

Unsere Frau in Europa:

Verfassung: Ja – Militarisierung: Nein

Nun liegt der Entwurf der Europäischen Verfassung vor, an dem ich auch mitgearbeitet habe. Ab Oktober verhandeln die Regierungen über den Entwurf. Wie der endgültige Text aussehen wird, ist heute noch nicht absehbar. Fest steht: Bei den Europawahlen im Juni 2004 wird die Verfassung eine zentrale Rolle spielen.

Wie jede Verfassung widerspiegelt auch sie die Machtverhältnisse in der EU - und die Union ist ein riesiger Binnenmarkt mit dominierenden Wirtschafts- und Kapitalinteressen. Sie ist aber auch ein einzigartiges politisches Integrationsprojekt, in dem bald über 450 Mio. Menschen in 25 Staaten friedlich zusammen leben. Somit wird die Verfassung den Alltag der Men-

schen unmittelbar prägen. Im Konvent habe ich mich deshalb besonders für mehr Demokratie, für soziale Belange sowie friedenspolitisch engagiert. So wurde auf meine Initiative die Arbeitsgruppe Soziales gebildet. Ihrem Wirken ist es zu verdanken, daß die EU auf die „nachhaltige Entwicklung“, auf ein „ausgewogenes Wirtschaftswachstum“ und eine „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ festgelegt wird, die auf „Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt“ zielt.

Künftig wird es in der EU Volksbegehren geben. Erstmals verankert wurden Gleichheit und Nichtdiskriminierung neben Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität als gemeinsame Unions-

werte. Das Europaparlament erhält mehr Rechte und der EU-Minister rat muß als Gesetzgeber künftig öffentlich entscheiden.

Massiv setze ich mich dafür ein, daß die EU erstmals „Förderung des Friedens“ sowie „strikte Einhaltung“ des Völkerrechts und zur Wahrung der UN-Charta verpflichtet ist. Daß im Entwurf zumindest Konfliktlösungen verbindlich vorgeschaltet werden, geht ebenfalls auf meine Initiative zurück. Zugleich habe ich die weitere Militarisierung der EU verurteilt. Dagegen muß die PDS gemeinsam mit anderen Friedenskräften jetzt Protest organisieren.

Sylvia-Yvonne Kaufmann
Mitglied des
Europäischen Parlaments



Links ist lebendig und chaotisch

Rund 250 Modernisierer kamen im September zum Forum Parteireform nach Leipzig. Das Veranstaltungsmotto „Links ist lebendig“ taugt als Zustandsbeschreibung für die PDS nicht. Seit der Bundestagswahl starben der PDS 7.000 Mitglieder weg. Für Lothar Bisky ist deshalb das Motto ein Anspruch an die Selbstveränderung der PDS. Mehr als die Forderung nach der Öffnung der Partei gegenüber intellektuellem Potential hatte er jedoch zur Parteireform nicht parat. So erwies sich die Veranstaltung zur Parteimodernisierung eher als ein Schiff, das sich nicht traut, den sicheren Hafen zu verlassen.

Im Workshop zu neuen Kommunikationswegen schien „Reden können“ wichtig. Es wurde gestritten, wer in der PDS ein Recht auf Kommunikation und Transparenz hat. Die Denkfabrik mit Florian Havemann gestaltete sich als Ort, an dem nur er selbst denken darf. Im Arbeitskreis Mitgliedergewinnung herrschte Erstaunen. Denn der Ausschuß Mitgliedergewinnung benötigte zwei Jahre für die Feststellung,

daß Mitglieder nur persönlich gewonnen werden können. Im Forum Kommunalpolitik stellte man fest, daß die Kommunalpolitik wieder Flaggschiff der PDS sein müsse. So weit so gut. Schlichtweg Paralleluniversum waren jedoch Beiträge, die meinten, es sei nicht Aufgabe von PDS-Abgeordneten, Löcher im Haushalt zu stopfen. Einzig der Workshop Moderne Strukturen machte deutlich, welche Schritte die PDS Sachsen-Anhalt zu einer aktionsfähigeren Partei geht.

Angesichts der Herausforderungen der Zeit zeigte das Forum Parteireform zu wenig Lösungen auf. Trotzdem müssen wir bei uns anfangen. Klar ist, daß eine Modernisierung der Partei nicht mit einem Masterplan zu erreichen ist. Der Vorstand kann nicht die Bildung von Ortsverbänden oder die kulturelle Öffnung der GenossInnen dekretieren. Das müssen wir schon selber wollen.

Wir haben die Aufgabe, Orte ohne PDS-Präsenz in unserem Bezirk wieder zu füllen. Wir müssen unsere Strukturen in den Ortsteilen

wieder aktionsfähiger machen. Dazu gehören basisorganisationsübergreifende Veranstaltungen genauso wie eine PDS-Geschäftsstelle, die Anlaufpunkt für unser Parteileben und für Bürger ist. Steigen wir ein in die Debatte, wie wir die Wahlkreisarbeit verbessern und unsere Mandatsträger besser in die Verantwortung nehmen. Und nicht zu vergessen: Wie können wir uns in der politischen Debatte qualifizieren. Stoff hierfür gibt es in Berlin genug. Ein Infostand zu Wahlkampfzeiten reicht nicht aus, um Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Aber das ist unsere Aufgabe als demokratische Sozialisten.

Historisch gewachsene Strukturen sind wichtig, aber 13 Jahre PDS stellen neue Anforderungen. Deswegen laßt uns gemeinsam wieder lernen. Schließlich sind wir eine Partei und nicht die Ansammlung von Basisorganisationen. Mit unserem neuen Parteiprogramm haben wir die Chance, uns zu öffnen und neue Mitstreiter in unserem Bezirk zu gewinnen.

Sandra Brunner

Zum „Aufstand der Gartenzwerge“ – September-Ausgabe

Leserbriefe

Als ein alteingesessener Bürger von Weißensee und Mitglied der ehemaligen Weißenseer BVV sowie des Bauausschusses muß ich die Behauptung von Wolfram Kempe „... denn mit Vorgängen von öffentlichem Interesse scheint sich die alte BVV in Weißensee (nach Aktenlage) nur selten und eher sporadisch befasst zu haben“, zurückweisen. Im Fall Milchhäuschen war es Konsens aller Bürgervertreter der BVV in allen vier Legislaturperioden, den Komplex zu erhalten. Wir haben eben nicht Aktenberge mit sinnlosen Anfragen und Anträgen gefüllt, sondern die Verwaltung unterstützt

bei der Suche nach geeigneten Investoren. Die Vertragsverhandlungen und der positive Abschluß mit Herrn Wachenbrönnner wurden im Ausschuß aktiv unterstützt. Bei auftretenden Problemen wurde immer die Position von Herrn Wachenbrönnner gegenüber dem Bezirksamt gestärkt.

Es ist Aufgabe der jetzigen BVV, eben dieselbe Aufmerksamkeit und Unterstützung dem Milchhäuschen zukommen zu lassen, wie es die bürgerfreundliche BVV Weißensee getan hat.

Roland Nogala
Weißensee

Es wäre besser gewesen, wenn die Recherchen sorgfältiger gewesen wären und die Hiebe gegen die „Zwerge“ nicht auch in Richtungen ausgeteilt worden wären, wo gar kein Anlaß da war. Ich will gar nicht auf die Kritik an der BVV Weißensee eingehen. Da waren aus meiner Erinnerung mehr als manchmal heute die wirklich in öffentlichem Interesse liegenden Probleme auf der Tagesordnung. Das Milchhäu-

chen war bereits damals im Visier einiger Bereiche des Bezirksamtes, weil man dort die lebensfremde und durch nichts begründete Auffassung vertrat, daß gastronomische Einrichtungen im Park am See nichts zu suchen hätten. Da kam die Aufgabe des Geschäfts durch den Pächter Anfang der Neunziger (es gab, außer in der Zeit des Neubaus, nie eine Schließung, weder einen Leerstand noch gar Verfall) diesen „Zwergen“ recht, und es wurde verstanden, die Neubesetzung sehr lange zu vereiteln. Es ist anzunehmen, daß das Drängen von Bürgern mit dazu beitrug, endlich die Vergabe an Herrn Wachenbrönnner vorzunehmen. Heute ist das Haus keine „Ruine“. Die Ziele des Pächters laufen doch nicht auf die Erhaltung der Nutzungsfähigkeit, sondern auf deren Erweiterung. Ich wünsche sehr, daß endlich seine bewundenswerte Geduld belohnt wird.

Joachim Bennewitz
Hohenschönhausen

Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen vor.



WANN W O W A S W A N N W O W A S W A N N

- | | | |
|--|--|---|
| 3. Oktober
11 Uhr Einheizmarkt der PDS Berlin, Schloßplatz in Mitte | 14. Oktober
19.30 Uhr Bötzow-Forum mit Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner zum Thema „Kommunale Almosenvergabe- oder am Tropf der Privatspenden?“ in der Tucholsky-Bibliothek, Es-marchstraße 18 | 28. Oktober
19.30 Uhr Rundtischgespräch des OV Bötzowviertel mit Dr. André Brie (MdEP) zum Thema: „PDS-Programm 2003 – Chance für die PDS auf dem Weg nach Europa?“ in der Tucholsky-Bibliothek, Es-marchstraße 18 |
| 6. Oktober
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 23. Oktober
18 Uhr Basistag der PDS, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 1. November
Gemeinsam gegen Sozialabbau. Demonstration in Berlin. |
| 13. Oktober
12 Uhr bundesweite Demonstration vom Brandenburger Tor zum Roten Rathaus gegen Verschlechterungen im Rentensystem | 25./26. Oktober
2. Tagung des 8. Bundesparteitag der PDS in Chemnitz zum Beschluß des neuen Parteiprogramms | 3. November
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 14. Oktober
17 Uhr Mitgliederversammlung der PDS Weißensee zum Thema: Agenda 2010, mit Angelika Mai, Mitarbeiterin der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße | 27. Oktober
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 15. November
10 Uhr 4. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei im BVV-Saal, Fröbelstraße |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 22. September 2003
Druck: double express Auflage: 12.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.